

Nachrichten

vom

Mercedesplatz

Januar 2005

Meldungen und Meinungen von Kollegen für Kollegen
der DaimlerChrysler AG Werk 69 Kassel

Web: www.alternativemetaller.de

Dienstleistertarif:

Das Geschäft mit der Angst!

Durch einen Sicherheitsfehler im Computernetz sind die aus Sicht des Unternehmens betroffenen Bereiche zum Dienstleistertarif sowie die dazugehörige Umsetzungsstrategie vorzeitig bekannt geworden. Wir *Alternativen Metaller* berichteten bereits in unserer Zeitung "Nachrichten vom Mercedesplatz" (Extraausgabe am 17. 11. 2004).

Anstatt nun die Botschaft zu nutzen, um mit der Belegschaft eine solidarische Gegenwehr zu entwickeln, hat sich die Mehrheit des Betriebsrates dazu entschieden, Verhandlungen mit dem Unternehmen aufzunehmen.

Wir *AlternativenMetaller* haben Verhandlungen zur Einführung von Dienstleistertarifen abgelehnt und auf das Freiwilligkeitsgebot dieser Betriebsvereinbarungen gepocht. Wer in diesem Fall verhandelt, der muss letztendlich auch bereit sein, Bereiche für den Dienstleistertarif zu opfern und eine Spaltung der Belegschaft zu akzeptieren. Und genau dazu sind wir *AlternativenMetaller* nicht bereit und lassen uns auch nicht vor den Karren Anderer spannen.

Wir haben eine Unterschriftenaktion mit der Überschrift "Solidarität! Kein Abschluss von Dienstleistertarifen!" gestartet. Diese hat das Ziel, den Betriebsrat dazu aufzufordern, keine Betriebsvereinbarungen zum Dienstleistertarif abzuschließen.

Diese, von den Kollegen sehr positiv angenommene

Aktion, wurde von der Personalabteilung gestoppt. Den Betriebsratskollegen, der *Alternativen Metaller*, Ehlers und Berger wurde das weitere Unterschriften sammeln, während der Arbeitszeit, untersagt und bei Nichteinhaltung mit rechtlichen Konsequenzen gedroht.



Um kein unnötiges Risiko einzugehen, haben wir uns entschieden, dieses rechtlich klären zu lassen.

Den Unterzeichnern der Unterschriftenlisten selbst kann rechtlich nichts passieren, denn Meinungsfreiheit ist nicht strafbar und vom Grundgesetz geschützt.

Warum hat die Personalabteilung vor den Unterschriften eigentlich so viel Angst? Der Produktionsablauf wurde jedenfalls nicht behindert.

Die Verhandlungen zum Dienstleistertarif sind mittlerweile aufgenommen worden. In getrennten Informationsveranstaltungen, nach dem Motto "teile und herrsche", werden die Kolle-

gInnen, der vom Unternehmen ausgesuchten Bereiche, informiert. Die Unternehmensvertreter erläutern den Dienstleistertarif und versuchen diesen als etwas Positives, zum Schutz vor Fremdvergabe, darzustellen.

Bei Kritik der Betroffenen wird abgewiegelt und auf den Vertragsabschluss "Zukunftssicherung 2012" von Gesamtbetriebsrat und IG Metall in Stuttgart verwiesen.

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Ebenso werden Fragen zurückgewiesen, warum denn ausgerechnet ihr Bereich ausgewählt wurde und andere Bereiche verschont blieben oder, wenn schon sparen, dann bitte bei allen sparen und nicht nur bei den Kleinen.

In der Tat: Wieso sind Bereiche, wie z.B. das Personal-/Lohnbüro, nicht vorgesehen? Ist dieses doch ein klassischer Dienstleistungsbereich, der in der so genannten freien Wirtschaft längst Fremdvergeben ist. Auch zeichnet sich ab, dass nur bei den Kleinen angesetzt wird. Besserverdienende Angestellte kommen in der Regel davon.

Zu einem Eklat kam es im Bereich Logistik (PKL). Nachdem die Unternehmensvertreter ihren Standpunkt, zu Gunsten des Dienstleistertarifes, abgegeben hatten, wollte ein Verhandlungsmitglied des Betriebsrates ebenfalls den Sinn und die Notwendigkeit erläutern. Dieses ließen sich die anwesenden Kollegen nicht gefallen und verließen unter Protest den Raum.

Nachdem nun alle vom Unternehmen ausgesuchten Bereiche informiert sind, wird der Druck nun offensichtlich erhöht. In einem kleinen Bereich, hauptsächlich mit einsatzeingeschränkten KollegInnen, wird nun die Fremdvergabe ins Spiel gebracht. Dabei wird noch nicht einmal mit realer Fremdvergabe gedroht. Vom Vorgesetzten wird einfach die Frage aufgeworfen, ob ihre Arbeit auch von Fremdfirmen gemacht werden könnte. Eine Frage, die sich die Vorgesetzten eigentlich selbst beantworten könnten.

Die notwendige Antwort steht in der Regel von vornherein fest: Natürlich kann die Arbeitsaufgabe auch von Fremdfirmen ausgeführt werden. Nun wird nur noch eine mögliche Fremdfirma benannt und notwendige gleich-

wertige Ersatzarbeitsplätze im Betrieb als nicht vorhanden erklärt. Schon sind die Kollegen bereit, wenn auch zähneknirschend, den Dienstleistertarif zu akzeptieren.

Wenn dieses Vorgehen Schule macht, wird der Dienstleistertarif, wie vom Unternehmen gewünscht, umgesetzt. Vor Fremdvergabe wird er uns allerdings nicht schützen: Denn auch die Fremdfirmen wollen leben und uns mit Billigangeboten die Arbeitsplätze wieder streitig machen.

Wehret den Anfängen:

Wer den Dienstleistertarif nicht will, der muss es laut und deutlich sagen. Der darf sich nicht mit Fremdvergabe erpressen lassen. Entlassen werden kann niemand, wenn der Dienstleistertarif verweigert wird.

Sollte der Dienstleistertarif abgelehnt werden, hat die Firma ein weit größeres Problem. Sie müsste Ersatzarbeitsplätze zur Verfügung stellen oder einfach den Dienstleistertarif in den Mülleimer werfen, wo er auch hin gehört.

Macht dem Betriebsrat deutlich, dass Ihr keinen Dienstleistertarif wollt, dass er die Finger von den dazu notwendigen freiwilligen Betriebsvereinbarungen lassen soll.

Genau das will die Personalabteilung verhindern! Deshalb hat sie die Unterschriftensammlung, "Solidarität! Kein Abschluss von Dienstleistertarifen!", der Betriebsratsmitglieder der Liste *Alternative Metaller*, während der Arbeitszeit, untersagt.

Trotz allem, unsere Unterschriftensammlung geht weiter: Außerhalb der Arbeitszeit!

Smart auf der Standspur

Der neue Mercedes-Chef Eckhard Cordes gab auf der Autoschau in Detroit bekannt, dass alle Smart-Neuentwicklungen gestoppt sind. Grund: Die Marke Smart brachte dem Unternehmen in den vergangenen fünf Jahren einen Verlust von rund 2.500.000.000 Euro ein! Zunächst soll geprüft werden, wie Smart profitabel gemacht werden kann. Cordes schloss auch nicht aus, dass der Smart-Geländewagen "ForMore" gar nicht mehr gebaut wird! Hierbei ist von einer Beerdigung 2. Klasse auszugehen. Das Getriebe VAG 160 für diesen "Geländewagen" sollte Vereinbarungsgemäß in Kassel gebaut werden.

In der Kasseler "Zukunftssicherungsvereinbarung" hatte sich die Geschäftsleitung sogar verpflichtet, das Vorderachsgetriebe VAG 160 für Smart zu produzieren. 70.000 Einheiten im Jahr sollten dabei 30 Arbeitsplätze sichern. Die Werkleitung steht jetzt im Wort, ihre Verpflichtung zu erfüllen. Zum Ausgleich muss ein neues Produkt her, das mindestens ebenfalls 30 Arbeitsplätze bringt.

Hier zeigt es sich wieder einmal, welche kurze Lebensdauer die Zusagen der Unternehmensleitung haben. Die Betriebsvereinbarungen dagegen, die den KollegInnen Belastungen bei Lohn und Arbeit bringen, sind bis 2009 in Stein gemeißelt!



"Seit wann zählen Türen zu den zusätzlichen Extras?"

Mogelpackung!

Um den Unternehmern eine Ausbildungsplatzabgabe zu ersparen, wurde von Politik und Wirtschaft der so genannte "Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs" gegründet.

Er sollte jährlich 30.000 neue Ausbildungsplätze schaffen und zusätzlich mit 25.000 "Einstiegsqualifikationen" jungen Menschen ohne Berufsausbildung eine befristete Beschäftigung geben.

Trotz dieses Paktes gehen Ende 2004 rund 90.000 Junge Leute leer aus! Zu den 33.300 registrierten Ausbildungsplatzsuchenden gehören weitere 50.000 junge Leute ohne Ausbildungsplatz. Die befinden sich in so genannten Warteschleifen (Berufsvorbereitende Kurse, Praktikum etc.).

Der Misere auf dem Ausbildungsmarkt ist nur durch zusätzliche Ausbildungsplätze beizukommen.

Beim DaimlerChrysler ist man aber nicht bereit, diese zusätzlichen Ausbildungsplätze zu schaffen. DC meint, eine 5,4% Quote, gemessenen an der Belegschaftsstärke, sei ausreichend. Für eine Ausbildungsplatzabgabe waren allerdings 7% Geplant. Jeder, der weniger ausbildet, hätte danach bezahlen müssen. Auch Daimler!

Um wenigstens den Anschein zu wahren, wurden bei DC stattdessen die perspektivlosen "Einstiegsqualifizierungen" eingerichtet. Zum Null-Preis!

6 bis 12 Monate werden diese "Praktikanten" beschäftigt und erhalten lediglich 192 Euro im Monat -vom Arbeitsamt!

Die Leistung, die diese jungen Leute erbringen, streicht DC kostenlos ein.

Auch in Kassel wurden 15 solcher "Rosstäuscherplätze" geschaffen.

IGMetaller und *AlternativeMetaller* im Betriebsrat waren sich darin einig, ohne zusätzliche Ausbildungsplätze keine Einstiegsqualifizierungen zuzulassen. Dadurch wollten wir verhindern, dass statistisch die Ausbildungsbilanzen schöngerechnet werden. Es sollte der "Pakt für Ausbildung..." als Mogelpackung entlarvt werden!

Noch im Oktober hieß es dazu im *IG Metall*-*"BRenn-*

glas", dass sie den 15 Einstiegsqualifizierungen nur zustimmen, wenn die Unternehmensleitung eine klare Zusage für eine angemessene Erhöhung der Ausbildungsplätze gibt.

Doch wie so oft fielen die Betriebsräte der IG-Metall mal wieder um. Nach dem Motto: "Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern", wurde die betriebliche Umsetzung der Einstiegsqualifikation wie von Politik und Unternehmern gewünscht abgenickt!

Doch auch das half nicht, sich an den Tatsachen vorbei zu mauscheln:

Mit dem Anspruch der Pakt-Partner, die Misere am Ausbildungsmarkt zu beheben, ist der "Ausbildungspakt" gescheitert.

Seinen eigentlichen Zweck hat er aber längst erfüllt: **Die Ausbildungsplatzabgabe ist verhindert!**



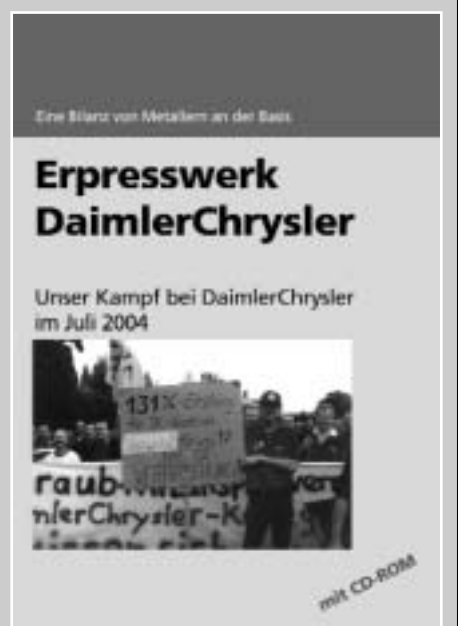
"Erpresswerk" - Broschüre mit CD-ROM

Die Dokumentation der IG-Metaller aus Untertürkheim über die Auseinandersetzung um das 500-Millionen-Euro-Sparpaket bei DC im Juli 2004.

Sie enthält:

- Betriebsvereinbarungen im Originaltext
- Einen kritischen Kommentar der BVen
- Filmbeiträge der Landesschau BW vom 15.7.04, Interview mit Franz Steinkühler und Berichte des ZDF-Magazins "Frontal"
- Flugblätter, Zeitungsartikel
- Und die Kontroverse mit der IG Metall

Interessierte KollegInnen erhalten die Broschüre bei den Kollegen der *AlternativenMetaller*.



Begehrlichkeiten

Harz IV und die Folgen von 1-Euro-Jobs

Getrieben vom Kapital und den Christlichen Parteien, aber auch von selbstgefälligen Sozialdemokraten (Schröder und Clement), hat die Regierung die Agenda 2010 ganz oben auf ihre Prioritätenlisten gestellt. Die großen Inhalte dieser Agenda sind Sozial-, Renten-, Gesundheits- und Arbeitsmarktreform. Reformen, welche man getrost als Rundumschlag auf dem Weg nach unten bezeichnen kann.

Die Arbeitsmarktreform treibt momentan die größten Blüten. Jeder hat schon von 1-Euro-Jobs gehört.

Was passiert hier?

1-Euro-Jobs sind gedacht als Einstieg in die Arbeitswelt, mit der Möglichkeit in ein festes Arbeitsverhältnis zu kommen. Und nur öffentliche Arbeitgeber oder soziale Einrichtungen sollten diese 1-Euro-Jobber bekommen.

Nein, eben nicht nur für solche Arbeitsplätze, denn das Kapital hat mittlerweile Ansprüche angemeldet. Warum auch nicht, wenn es der Not leidenden Wirtschaft noch mehr Profit bringt. Denn die Arbeit für 1-Euro-Jobber in der Privatwirtschaft ist laut Gesetz nicht grundsätzlich ausgeschlossen. Solche Arten von Schweinereien werden eben nicht in

Gesetzgebungsverfahren veröffentlicht. Wie wir mittlerweile wissen, ist dies ja auch kein Problem, da ja eben diese Volksvertreter, welche solche Gesetze machen und umsetzen, zusätzlich auf den Gehaltslisten des Kapitals stehen. Und was wir bisher dazu gehört haben, ist nur die Spitze des Eisberges.

Die Folgen für Arbeitnehmer in den Betrieben, was passiert, wenn den Forderungen nach 1-Euro-Jobs in der Privatwirtschaft Gehör verschafft wird, kann sich jeder in seinen schlimmsten Träumen ausmalen.

Wir *AlternativeMetaller* lehnen diese kategorisch ab. Was Andere in einer solchen Situation machen, die dienstbeflissen dem Globalisierungsdruck nachkommen, können wir uns gut vorstellen. Aktuell muss man sich nur die Umsetzung der Dienstleistertarife anschauen.

Nichts wird gut und nichts wird besser, denn die Schraube nach unten wird sich so immer schneller drehen.

Die Perversität ist jedoch, jene die diese Reformen machen und ausgestalten, wird es nicht betreffen.



DAIMLER, VW, OPEL, ... UND DIE FOLGEN

Vor allem eine Frage stellen sich die Beschäftigten der Unternehmen immer dringlicher: Wer stellt sich dieser "Diktatur des Kapitals und des Profits" überhaupt noch entgegen?

Allenthalben wird die neoliberale Ideologie von einer unseligen Allianz aus gut bezahlten Professoren, Politikern und Managern in den Medien verbreitet. Deren Ziele sind klar erkennbar: Vorstandsgehälter wie in den USA, Löhne wie etwa in Tschechien. Alleine Arbeiter und kleine Angestellte sollen bluten. Den Einstieg dazu hat man jetzt geschafft, der weitere Weg scheint vorgezeichnet.

Von gewerkschaftlicher Gegenwehr war und ist wenig zu erkennen. Stets wies die IGM die Forderungen nach niedrigen Arbeitskosten bei Daimler und VW zunächst mit Protesten, Aktionstagen und Streikdrohungen zurück, um anschließend umso spektakulärer einzuknicken. Eine tolle Show wurde da abgezogen. Nicht nur die Mitarbeiter unseres Unternehmens fühlten sich ganz schön vorgeführt. Da wird dann die scheinbare Absicherung der Arbeitsplätze wie etwa bei DC und VW als großer Erfolg verkauft. Die IGM kann nur

hoffen, dass es nicht zur Nagelprobe kommt, sonst würde sich schnell zeigen, was solche Zusicherungen wert sind.

Wie auch immer; die Beschäftigten bei Daimler-Chrysler, bei Opel, VW, Siemens, Karstadt usw. zahlen zunehmend die Zeche. Es geht fast nur noch darum, billiger und länger zuarbeiten oder gar den Arbeitsplatz zu verlieren. Dabei sind in allen o.g. Unternehmen gerade auch Fehler vom Management gemacht worden.

Dazu kommt der globale Wettbewerb im Autobau und eine gewaltige weltweite Überproduktion. Trotzdem werden weitere Kapazitäten vorwiegend in Osteuropa aufgebaut. So haben wir Arbeitnehmer uns mit Sicherheit die EU-Erweiterung nicht vorgestellt, in der wir gegen Polen oder Tschechen ausgespielt werden. Und die Forderungen der Kapitaleseite werden immer unverschämter.

Dagegen scheint die Marschrichtung von IGM und Gewerkschaften klar - vorwärts Kameraden wir müssen zurück. Wenn das die ganze Strategie zum

Umgang mit der Globalisierung und ihren Folgen sein soll, dann "gute Nacht". Jedenfalls ziehen immer mehr Beschäftigte daraus eine logische Konsequenz. Sie kehren den Gewerkschaften den Rücken, weil sie immer mehr Standards preisgeben und zu immer mehr Verzicht bereit sind. Die vielen Austritte sprechen da eine deutliche Sprache.

Aus volkswirtschaftlicher Sicht scheint die Vernunft längst auf der Strecke geblieben zu sein. In vielen Unternehmen und Wirtschaftszweigen sollen die Arbeitszeiten verlängert werden, ohne Lohnausgleich versteht sich. Wer glaubt denn, dass durch längere Arbeitszeiten und der höheren Produktion auch die Nachfrage steigt. Es ist Schwachsinn vor dem Hintergrund weiter sinkender Massenkauflkraft.

Im Übrigen lässt sich in Amerika bestens Anschauungsunterricht nehmen, wie denn die Folgen einer ungehemmten Kapitalvermehrung aussehen. Das Ergebnis ist eine total gespaltene Gesellschaft in

Superreiche, einen weiter abbröckelten Mittelstand und vor allem viele Arme. Wer jedoch solche Verhältnisse nicht will, muss langsam mit dem "Arsch" hochkommen, sonst ist es zu spät.



Mitarbeiterbefragung wertlos?

Diese Frage stellten wir uns angesichts der Beschlussfassung zur Betriebsvereinbarung "Reorganisation des Bonussystems". Gegen die Stimmen der AlternativenMetaller hat der Betriebsrat dem neuen Bonussystem wie erwartet zugestimmt.

Während das Ergebnis der Mitarbeiterbefragung der AlternativenMetaller mit über 91 % der befragten KollegInnen eindeutig für eine Festschreibung des Verdienstgrades ausgefallen war, fiel die Abstimmung der IG Metall – Betriebsräte unter den Vertrauensleuten und Gruppensprechern gerade gegensätzlich aus, nämlich mit 77% für die neue Bonusvereinbarung.

Es sollte niemand den Fehler machen und glauben, dass wegen dieser unterschiedlichen Abstimmergebnisse jemand geschummelt hat. Aber eine Abstimmung über eine solche Entscheidung kann man lenken. Je nachdem wie die Argumente gewichtet werden, ob für oder gegen das Bonussystem, so fällt dann auch die Antwort aus. Dieses "hinführen" zu einer gewünschten Entscheidung fällt in einer Versammlung mit einigen "Delegierten" und bei nicht geheimer Abstimmung nicht schwer.

Wenn dann auch noch ein gewichtiges Argument für den neuen Bonus spricht, umso besser: Das, wie auch immer zustande gekommene, Ergebnis aus der Pilotphase lag im Durchschnitt bei etwa 105% Verdienstgrad. Eine Festlegung des Verdienstgrades bei 104% hätte somit den Verzicht von 1% = 27 Euro im Monat bedeutet. Da ist es scheinbar egal, ob der Krankenstand weiterhin Bestandteil der Bonusvereinbarung ist, oder ob die "Operative Planung" der Unternehmensleitung als Zielvorgabe "vereinbart" wird!

Die IG Metall – Betriebsratskollegen hatten sich von vornherein allein auf die Befragung der Vertrauensleute und der Gruppensprecher festgelegt. Eine Gewerkschaftspolitische Hinterfragung der Bonusentlohnung und dessen Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen war dabei weniger wichtig.

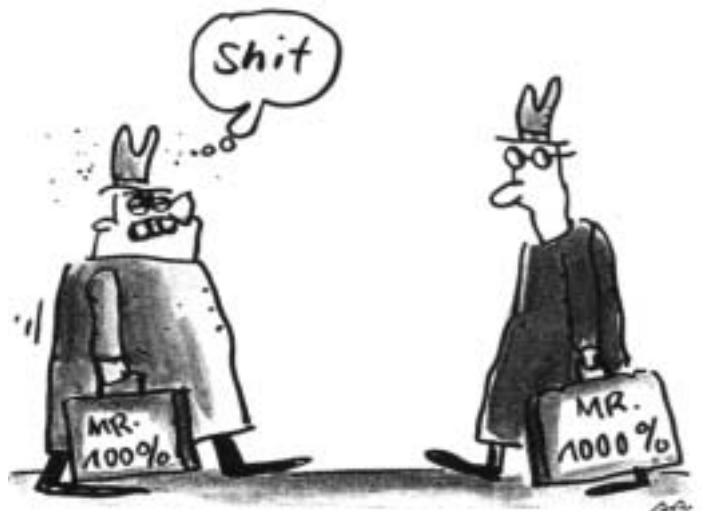
Entscheidend war nur das eine Ziel: Mit dem festen Willen, das neue Bonussystem "erfolgreich" einzuführen.

Festzustellen bleibt:

Auch wenn "unsere" Mitarbeiterbefragung nicht zur Verdienstgradfestschreibung geführt hat, so war sie dennoch sinnvoll und richtig.

Nur diese Mitarbeiterbefragung allein hatte als einzige Abstimmung allen Kolleginnen und Kollegen die Möglichkeit gegeben, sich an der Entscheidungsfindung zu beteiligen.

Das ist für uns AlternativeMetaller entscheidend!



Armutsbericht

Eine Erkenntnis kann man dem kürzlich veröffentlichten Armutsbericht der Bundesregierung entnehmen: Die Armen werden ärmer und ihre Zahl nimmt immer mehr zu. Auf der anderen Seite werden die Reichen immer reicher und es gibt immer mehr Millionäre. Das muss einen nicht wundern, ist es doch vielmehr ein Ergebnis der aktuellen Sparpolitik.

Auch auf ein Unternehmen wie DaimlerChrysler lässt sich das durchaus übertragen. Auch da bedienen sich die Spitzenverdiener, während bei den Arbeitern zunehmend eingespart wird.

So hat sich der Vorstand die Bezüge um 130 % erhöht. Dass Schrempp und Co. im Rahmen der Zukunftssicherung jetzt wieder auf 10 % verzichten wollen, kann man da nicht ernst nehmen.

Das perfide daran ist, die Vertreter der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat haben diese Erhöhung mitgetragen. Allesamt sind sie Gutbezahlte BR-Vorsitzende und IGM-Funktionäre. Da wollten dann auch sie im Aufsichtsrat nicht nachstehen und verdoppelten sich mal eben die Bezüge.

Wenn man jetzt noch bedenkt, dass die Verhandlungskommission des GBR fast personenidentisch ist mit den Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat, wundert man sich überhaupt nicht mehr. Das sind genau diejenigen, die unsere Zukunftssicherung 2012 ausgehandelt haben.

Die wissen wie gespart wird – bei anderen. Der schöne Name Zukunftssicherung kann kaum darüber hinwegtäuschen, dass das in erster Linie ein reines Kostensenkungsprogramm ist. Eins scheint zumindest gesichert: Die finanzielle Zukunft unserer Vorstände und Aufsichtsräte und vieler leitenden Führungskräfte.

Nicht weniger pervers ist der Tarifvertrag für Dienstleister. Diesen Mitarbeitern wird eine 39

Stunden-Woche ohne Lohnausgleich zugemutet, und dazu ein deutlich abgesenktes Lohnniveau.

Fast gleichzeitig bekommen die in der Regel Gutbezahlten Techniker und Ingenieure von Forschung, Entwicklung und Planung 40 Stunden-Verträge angeboten. Hier natürlich mit vollem Lohnausgleich!

Es ist nicht nachvollziehbar, wie Funktionäre der IGM, wie Spitzenbetriebsräte, eine solche Politik mittragen können.

Es hat den Anschein, als hätte man sich von jeglichen gewerkschaftlichen Grundsätzen verabschiedet. Dazu gehört unzweifelhaft auch das Absenken der Einstelllöhne, die Möglichkeit Leiharbeiter einzustellen, sowie den Krankenstand zum Bestandteil des Bonuslohnes zu machen.

Da passt es genau ins Bild, dass in der Sparte LKW im Jahr 2004 die Gewinne nur so sprudeln. Wie man hört, hat sich der Operative Gewinn auf 1,6 Milliarden EUR fast verdoppelt. Das erklärt doch einigermaßen die Notwendigkeit von gleich zwei Sparpaketen mit dem schönen Namen Zukunftssicherung in den LKW-Werken der DCAG. Erstaunlich ist, wie die Beschäftigten die Verschlechterungen bei Lohn/Gehalt und Arbeitsbedingungen hinnehmen, während es sich Manager, leitende Führungskräfte und nicht wenige inner- und außerbetriebliche Funktionäre der IGM gut gehen lassen.



IMPRESSUM Herausgeber: Alternative Metaller DaimlerChrysler Kassel www.alternativmetaller.de

Klaus Ehlers	Halle 35	Telefon 802-3240	Erich Behrend	Halle 50	Telefon 2755
Vincenzo Sicilia	Halle 55	Telefon 3220	Klaus Cornelius	Halle 55	Telefon 3161
Klaus Berger	Halle 80 oben	Telefon 2645	Jörg Schmeißing	Halle 55	Telefon
Udo Brehm	Halle 52	Telefon 3048	Stefan Engelbrecht	Halle 50	Telefon 2418
Werner Hellwig	Halle 80 unten	Telefon 2503	Wolfgang Albus	Halle 35	Telefon 4449
Erich Hoppe	Halle 50	Telefon 3384	Andreas Diedrichsen	Halle 50	Telefon 2755
Peter Reichhart	Halle 50	Telefon 3384	Helmut Röse	Halle 50	Telefon 4366
Thomas Müller	Halle 80 unten	Telefon 3207	Ralf Schade	Halle 35	Telefon 4416
Michael Renner	Halle 35	Telefon 3366	Nicole Welke	Halle 50	Telefon 3325
Erich Bauer	Halle 80 oben	Telefon 4260	Enrico Steuernagel	Halle 50	Telefon 4394

**+ Freunde = Erfolg • Druck: Eigenfinanzierung • Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Klaus Berger
Spendenkonto: Raiffeisenbank Grebenstein Konto Nr.: 2759 560 BLZ: 520 652 20 Werner Hellwig
Verwendungszweck: "Alternative Metaller" Mail: redaktion@alternativmetaller.de**